

Rieser und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckanschrift:
Tageblatt Riesa,
Bernauer Str. 30.
Postfach Nr. 52.

Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meissen beständig bestimmes Blatt.

Postfachamt:
Dresden 1580.
Verleger:
Riesa Nr. 52.

Nr. 242.

Freitag, 16. Oktober 1931, abends.

84. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für Bewilligter Rabatt erzielt, wenn der Betrag vorläufig durch Kasse eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Kontant gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Kostgültige Anzeigenbeilagen: Erzähler an der Elbe. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verleger oder der Beförderungsanstalten — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Notationsdruck und Verlag: Janger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Hagemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Kurz vor der entscheidenden Abstimmung im Reichstag. Reichskanzler Brüning ergreift nochmals das Wort. Wirtschaftspartei stützt das Kabinett Brüning. — Scheinbar Mehrheit gesichert.

Die letzten Stunden vor der Abstimmung.

Berlin. (Funktspruch.) Der Reichstag bietet schon recht früh ein ungewohnt lebhaftes Bild, da die meisten Fraktionen vor dem Beginn der Vollziehung noch einmal zusammengekommen sind. Man unterhält sich natürlich sehr eifrig über den Ausgang der heutigen Abstimmung, ohne daß sich aber bis gegen Mittag neue Momente ergeben hätten, die die Lage irgendwie ändern könnten. Im ganzen herrschte heute vormittag die Meinung vor, daß es auf jede Stimme ankommt. Damit hängt auch zusammen, daß der Kanzler vormittag die Verhandlungen mit den kleineren Gruppen wieder aufgenommen hat. Die Parteien, die hinter der Regierung stehen, suchen auch den letzten Mann noch zu mobilisieren. So ist z. B. der Abg. von Lindener, der sich zur Erholung von einer schweren Erkrankung im Süden aufhält, heute vormittag zurückgekehrt. Außerdem wird der Verlust gemacht worden sein, auch Dr. Curtius zu bewegen, an der Abstimmung teilzunehmen. Dr. Curtius will aber offenbar eine Demonstration gegen seine Partei, die in seiner plötzlichen Rückkehr gesehen werden könnte, vermeiden. Dagegen ist es möglich, daß der preussische Ministerpräsident Braun, der bekanntlich erkrankt ist, heute noch im Flugzeug nach Berlin kommt. Er hat den dringenden Wunsch dazu, muß aber die Entscheidung von seinem Arzt abhängig machen. Diese Einzelheiten zeigen jedenfalls, wie stark sich die Spannung jetzt auf die Abstimmung konzentriert. Vorher wird auch der Kanzler noch einmal das Wort nehmen, um die noch Schwankenden für seine Politik zu gewinnen.

Die Entscheidung der Volkspartei.

Berlin. (Funktspruch.) Die Fraktionsführung der Deutschen Volkspartei, die bis gegen 1 Uhr mittags dauerte, hat das Ergebnis, daß 21 Abgeordnete dieser Fraktion für das Misstrauensvotum stimmen werden. Dagegen stimmt nur ein Abgeordneter, nämlich Scheinrat Rahl, während sechs Mitglieder sich der Stimme enthalten werden, dazu gehört übrigens auch der frühere Reichsminister Moldenbauer, der aus Loyalität gegen den Kanzler, dessen Kabinett er angehört hat, nicht für den Misstrauensantrag eintreten will.

In der Wirtschaftspartei

It bis Mittag die Situation immer noch nicht geklärt. Sie hat ihre Beratungen unterbrochen und will kurz vor der Abstimmung noch einmal zusammenkommen. Offenbar will sie also erst die Rede des Kanzlers abwarten. Im Reichstag nimmt man vorläufig an, daß die Fraktion sich bei der Abstimmung ungefähr in der Mitte stellen wird.

Berlin. (Funktspruch.) In den Nachmittagsstunden wurde im Reichstag bekannt, daß die Wirtschaftspartei gegen die Misstrauensanträge stimmen würde. Es ist jedoch noch nicht sicher, ob alle Mitglieder dieser Fraktion der Parole folgen werden. Die Aussichten des Kabinetts Brüning werden jetzt als günstig angesehen.

Klärung der Lage.

Berlin. (Funktspruch.) Im Reichstag hält man die Situation jetzt für geklärt, nachdem nunmehr feststeht, daß die Wirtschaftspartei sich ziemlich geschlossen für das Kabinett einsetzt wird. Damit gilt die Mehrheit als gesichert. Sie wird auch nicht durch die Haltung der Deutschen Volkspartei gefährdet. Bei der Wirtschaftspartei ist nun noch offen, ob sie unter Umständen Fraktionszwang einfließen soll. Deshalb findet um 16 Uhr noch einmal eine Fraktionsführung statt.

Der Abstimmungsmodus im Reichstag.

Berlin. (Funktspruch.) Bei den Abstimmungen wird heute nachmittags so verfahren werden, daß an der Spitze der Misstrauensanträge gegen das Gesamtkabinett steht. Bieleicht werden die Misstrauensanträge gegen einzelne Kabinettsmitglieder bereits dadurch erledigt. Der Antrag auf Aufhebung der Notverordnung wird abgelehnt werden und zwar schon mit Rücksicht auf die schweren Folgen, die sich durch Aufhebung der Notverordnung für unser ganzes wirtschaftliches Leben ergeben würden. Die Anträge auf Änderung der Notverordnungen werden dem Hauptausschuß überwiesen. Die Parteien haben sich dahin geeinigt, daß der Ausschuss im November darüber berät. Der Vertagungsantrag, der die Abstimmungsfolge beendet, lautet auf Vertagung des Reichstags bis zu einem

Datum im letzten Februar-Drittel. Er wird sicher angenommen werden, da auch die Sozialdemokraten sich mit ihm einverstanden erklärt haben.

Die heutige Reichstags-Sitzung.

Berlin. (Funktspruch.) Reichstagspräsident Ebe eröffnet die heutige Sitzung um 12 Uhr. Zunächst wird eine Entschliessung des Kriegsbeschädigten-Ausschusses angenommen, der Kriegsbeschädigten debattieren lassen.

Die Aussprache über die Regierungserklärung

wird dann fortgesetzt.

Abg. Rippel (Christl.-Sozial).

Es geht heute um mehr als um ein Kabinett, es geht um die Schicksalsfrage des deutschen Volkes. Schrittmacher der radikalen Hilfspartei sind die rückständigen Politik Frankreichs und die schwere wirtschaftliche Not. Eine weitere Unannehmlichkeit hat die Agitation der Hilfsparteien gewonnen durch die Sünden der früheren Regierungen. Die Reichsopposition verdrängt in ihren Verclamungen den Reichskanzler Dr. Brüning seit langer Zeit. Darum ist es erfreulich, daß gestern Adolf Hitler erklärt hat, er wolle Brüning's Unannehmlichkeit in seiner Rede ausweifen. Die Parteigenossen Hitlers haben sich bisher leider anders verhalten. (Lauter Widerspruch der Nationalsozialisten.) Dr. Fried und Dr. Goebbels rufen: Wir haben das auch nie getan! Herr Dr. Goebbels, wenn Sie in Ihrem „Angebot“ Dr. Eugenberger und seine Partei als einen „Mißbrauch“ bezeichnet, dann wundern es mich, daß Sie sechs Wochen später mit diesem „Mißbrauch“ eine Einheitsfront bilden. Die Nationalsozialisten laufen jetzt gegen die Brüning-Notverordnung, in der die Abkündigung der hohen Posten und die Kontrolle der Großbanken und Kartelle angeordnet wird. Das sind doch Forderungen, die die Nationalsozialisten früher selbst propagiert haben. Die Ausführungen des Abg. Dingeldey waren wenig klar; aber ich habe den Eindruck, daß sie beginnen und enden mit der Forderung der Senkung der Löhne und der Auflockerung der Tarifverträge. Weder Dr. Dingeldey noch Dr. Oberhofen haben ein Einschreiten gegen die preiswertende Politik der wirtschaftlichen Großkonzerne und Kartelle gefordert. Das deutsche Volk trägt heute Opfer, wenn die Not des Vaterlandes es erfordert, es wehrt sich aber mit Recht dagegen, wenn die verschwendende Wirtschaft der Privatwirtschaft und der Kommunen auch in der letzten Notzeit fortgesetzt wird. Wie ist es nicht zu rechtfertigen, wenn der Intendant des Duisburger Stadttheaters ein Gehalt von 40 000 Mark bezieht und wenn die Generaldirektoren der Großindustrie, die der Reichsopposition sehr nahesteht, heute noch Gehälter bis 800 000 Mark erhalten. Im aufreißenden Gegenatz dazu stehen die niedrigen Gehälter der kleinen Beamten, von denen einer nach Abzug der durch die Notverordnungen verfügten Kürzungen für sich, Frau und Kind ganze 81 Mark als Monatslohn bekommen hat. Haben die Nationalsozialisten die Absicht, gemeinsam mit Eugenberger die Sozialversicherung zu zerschlagen? Wie steht es heute bei den Nationalsozialisten mit der Entthronung der Bank- und Börsenmärkte? Mit solchen agitatorischen Forderungen haben die Nationalsozialisten ihre Bewegung großgemacht und jetzt stellen sie diese Bewegung den Bank- und Börsenmärkten zur Verfügung. Wir können in dieser Notzeit den Klassenkampf nicht ertragen, der von rechts proklamiert wird. Wir brauchen eine Arbeitsgemeinschaft, in der auch die Gewerkschaften aller Richtungen vertreten sind.

Abg. Dr. Neubauer (SPD.)

führt aus, die privatkapitalistische Wirtschaft in Deutschland sei bereits vollständig bankrott, sie werde nur gehalten durch die riesigen Subventionen, die ihr aus dem Reich durch Opfer der armen Steuerzahler zufließen. Die Deutschnationalen seien an dieser Ausfaltung des Volkes durch den internationalen Kapitalismus stark beteiligt. Wir stellen an die Nationalsozialisten die konkrete Frage: Würde Hitler als Leiter der deutschen Außenpolitik Frankreich erklären, daß er die Tributzahlungen einstellt? Nein, das würde er nicht tun. Er würde in Paris Bedingungen unterzeichnen, gegen die alles das ein Rindenspiel ist, was jemals Hermann Müller oder Brüning unterschrieben haben. Hitler muß dann um die Günst Frankreichs betteln, weil Frankreich sonst die deutsche Wirtschaft zerschlägt, von der die Hitlerbewegung finanziert wird. Nur der Kommunismus im Bunde mit Sowjetrußland kann das deutsche Volk aus der Not erretten.

Abg. Mollath (Wirtschaftspartei)

verliest eine Erklärung seiner Fraktion, in der es heißt, die Folge einer vernichtenden zehnjährigen Finanz- und Wirtschaftspolitik in Verbindung mit außenpolitischer Schwäche sei die Abwendung eines großen Teiles des Volkes von dem jetzigen System. Die nationale deutsche Jugend ist heute der wertvollste Aktive unserer Nation. Die Fraktion der Wirtschaftspartei, die durch Zustimmung zum Misstrauensvotum den Weg frei zu machen hätte für die Bildung einer Regierung, in der diese Kräfte führend vertreten sind, ist sich der schweren Verantwortung bewußt, die sie damit für die Zukunft übernimmt.

Vorgelöst von aller Parteipolitik haben wir die Folgen eines solchen Schrittes sorgfältig erwogen. Wir haben vor der Entscheidung der Fraktion dem Reichskanzler verschiedene Fragen vorlegen müssen und er hat uns zugesagt, daß er eine grundsätzliche Schwankung in der Politik der letzten zehn Jahre vornehmen wolle unter Berücksichtigung der Bedürfnisse des selbständigen Mittelstandes. Wir haben andererseits nicht die Überzeugung gewinnen können, daß heute die Chancen für die Mehrheitsbildung einer Reichsregierung größer wären, als vor einem Jahre, als wir zu diesem Zwecke unsern Minister Dr. Brüning zurückgezogen haben.

Wir haben uns daher entschlossen, trotz aller Bedenken, das Kabinett Brüning zu tolerieren.

(Lärm rechts.) Dieser Regierung gehören heute bestimmte Persönlichkeiten nicht mehr an, gegen die wir Bedenken hatten.

Das Kabinett Brüning ist berufen worden vom Reichspräsidenten von Hindenburg, hinter dem das Gros der deutschen Bevölkerung steht und zu dem wir in unverbrüchlicher Treue stehen. (Abg. Stubbenborg (Dnat.): Für 30 Millionen in unverbrüchlicher Treue!) Präsident Ebe: Das ist eine Unterstellung, die Sie im Ernst nicht aufrecht erhalten werden!

Abg. Kleiner (Dnat.): Aber der „Vorwärts“ hat doch geschrieben! (Große Heiterkeit.)

Präsident Ebe: Das der „Vorwärts“ schreibt, geht mich nichts an. Ich rufe den Abgeordneten Stubbenborg zur Ordnung. (Lachen und Klatschen rechts.)

Abg. Mollath (Wirtschaftspartei): Es ist eine Infamie, zu behaupten, daß in der Schicksalsstunde des deutschen Volkes eine anständige Partei sich durch Geldstimmungen in ihrer Entscheidung beeinflussen ließe. Was uns bei unserer Verantwortungsvollen Entscheidung bestimmt, ist allein der Wunsch, das deutsche Volk aus dem Abgrund wieder zur Höhe zu führen. (Beifall bei der Wirtschaftspartei.)

Reichskanzler Dr. Brüning:

Ich bin dankbar für die Anregungen, die in der Debatte gegeben worden sind. Die Reichsregierung widersteht sich nicht einem Antrag, eine Reihe formulierter Vorschläge auf Änderung der Notverordnung einem Ausschuss zur weiteren Beratung zu überweisen. Wir wollen nur, daß nicht die Klammern zerdrückt werden, die unser Wirtschafts- und Finanzgebäude zusammenhalten. Eine andere Gesamt- Lösung ist in der Debatte der Regierung von keinem Parteiredner den Regierungsvorschlägen entgegengesetzt worden. Ich danke allen Rednern, auch den Führern der Nationalsozialisten, für die Vornehmheit, mit der sie die Polemik gegen mich in der Reichstagsdebatte geführt haben. Wenn diese Besserung der politischen Methoden auch in den Parteiversammlungen der kleinen Orte Platz greifen würde, dann würden manche Maßnahmen überflüssig sein, die wir nicht zu unserer Freude in die Notverordnung aufnehmen mußten. Es ist keine Freude, der Presse Zwangs- auflegen zu machen, und ich wünsche den Tag herbei, wo es durch freiwillige Selbstkontrolle der Presse möglich sein würde, darauf zu verzichten.

Im übrigen darf ich eines besonders hervorheben, was mich mit einer gewissen Enttäuschung erfüllt hat und das ist die bei aller persönlichen Liebenswürdigkeit (scharf ablehnende Kritik der Deutschen Landvolkpartei. (Lebhafte Zustimmung.) Ich sage enttäuschend und sage das vom Standpunkt eines Freundes der Landwirtschaft aus. Denn einen Minister so angreifen, dem es das Geschick auferlegt hat, nur Abbaumassnahmen gegen die Arbeiterschaft aus einer Zwangslage heraus vorzunehmen, einem Mann, der schon in früheren Jahren sich unter die Konsumenten gestellt hat, und sich nun zum Schutz der Landwirtschaft bekannt hat, diesen Mann derartige Vorwürfe zu machen, das ist ein ganz historischer Fehler vom Standpunkt der deutschen Landwirtschaft. (Starker Beifall.) Sind wir uns doch dar-

Das Rieser Tageblatt bringt seinen Lesern in der Sonnabend-Nummer eine Ueberraschung.